

September 2006, 31. Jahrgang, Nr. 196

atomstopp

oberoesterreich



**lassen sich die
parteien bewegen?**



Bewegen sie sich doch?

Lassen sich die Parteien von den Atom-Sorgen der ÖsterreicherInnen bewegen?

Nach einer 2005 von atomstopp in Auftrag gegebenen Umfrage des Linzer market-Instituts sahen 90% der OberösterreicherInnen Temelin als größte Bedrohung. Temelin ist auch nach mehr als 90 Störfällen immer noch im Betrieb und die paktierten Sicherheitsnachbesserungen genauso wenig umgesetzt, wie ein Bemühen der derzeitigen ÖVP/BZÖ-Bundesregierung sichtbar, in Tschechien Druck zu machen.

Wahlkampf ist.

Und wenn Wahlkampf ist, schieben sich die Parteien gerne gegenseitig die Schuld zu – warum in der und der Frage nichts weitergeht. Temelin ist ein Reizwort und die Verantwortung für das umfassende Versagen der Temelin-Politik war immer schon Anlass für ungünstige Polemik.

Dabei soll es aber nicht bleiben. Konzepte müssen her. Konkrete Ansätze, wie es mit der Bedrohung durch Temelin weitergeht, wie Österreich auf die Bedrohung durch die grenznahen Atomkraftwerke reagiert und welche Aktionen Österreich setzt – Temelin ist dabei lediglich ein Symbol und auch ein Lehrbeispiel, wie Politik „funktioniert“, die

Bevölkerung in einer Scheinsicherheit gewogen wird – am Problemfall selber aber so gut wie NICHTS weitergeht.

Wir haben nachgeschlagen: Bei den Parteien, ihren öffentlich zugänglichen und auf Internet-Seiten veröffentlichten Programmen und zeigen, was sie zu Temelin im speziellen und zur Atomenergie im allgemeinen zu sagen haben. Und bei dieser Recherche sind wir davon ausgegangen, dass niemand mehr als eine Stunde auf den Internet-Seiten recherchiert. So haben auch wir es gehalten. Bei manchen Parteien muss man mit der Lupe nach ihrer Einstellung zur Atomenergie suchen. Bei manchen klaffen Anspruch/Willenskundgebung und Realität/Umsetzung weit auseinander.

Und wir haben die OberösterreicherInnen durch das market-institut:nachfragen* lassen: Wem trauen sie noch zu, in der Temelin-Frage etwas weiterzubringen? Wer von den politischen Parteien will überhaupt noch etwas weiterbringen?

Das Ergebnis mag überraschen. Ist aber eindeutig, wenn es um die Frage der Kompetenz in der Causa Temelin geht.

Im Sinne Oberösterreichs MUSS etwas weitergehen. Nutzen Sie den Wahlkampf und erinnern Sie die PolitikerInnen an ihre Aussagen. Fragen Sie nach! Anleitungen, was Sie vielleicht unsere PolitikerInnen fragen sollten, finden Sie in dieser Ausgabe des atomstopp zuhauf. Aber seien Sie nicht überrascht: Jetzt wird ihnen alles versprochen – aber es gibt ein Leben nach dem Wahlkampf. **Und das ist ohne Temelin ein besseres.**

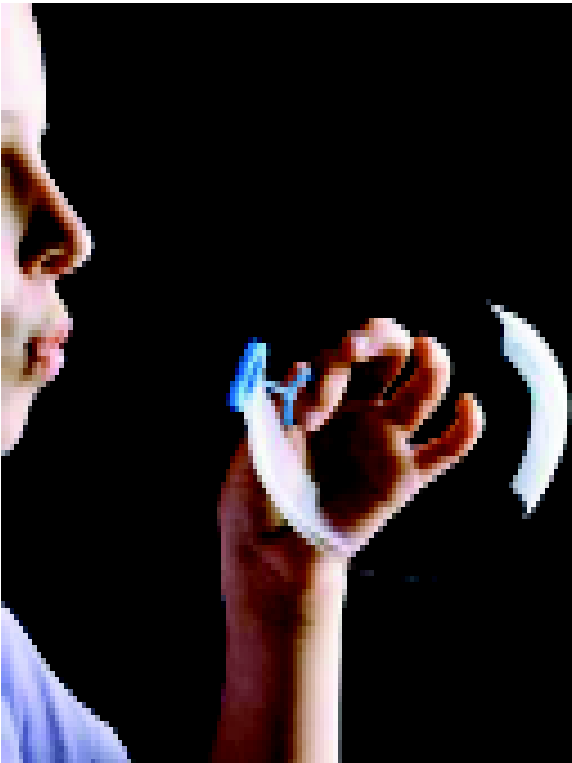
Viele Grüße
Roland Egger

*Anmerkung zur Umfrage des market-Instituts, Linz: 401 telefonische Interviews repräsentativ für die oberösterreichische Bevölkerung ab 18 Jahren. Erhebungszeitraum: 22.- 25. August 2006; statistische Schwankungsbreite bei n= 401 +/- 5%.

Luftblasen gefüllt mit nichts

Einer muss der Böse sein. Das ist praktisch. Und sonst hätten die anderen nichts, worüber sie sich aufregen könnten. Die Rolle des Bösen fällt im Fall Temelin der ÖVP zu. Zurecht? Die ÖVP hat aus ihrer Sicht viel getan. Aber wenig erreicht. Noch mehr versprochen. Und im Verhältnis dazu – nämlich zu den Versprechen – nichts gehalten.

Alle Versprechen – nachzulesen in den ganzseitigen Anzeigen in der Kronenzeitung vom Dezember 2001 – haben sich samt und sonders als Luftblasen erwiesen, die nacheinander geplatzt sind. Manche früher, manche später.



entlarvend zurückgenommen

... hat jedenfalls auch der Nationalrat in einer Entschließung sein Temelin-Engagement: Gemeinsam mit der FPÖ ersuchten die ÖVP-Mandatare im Juli 2002 die Bundesregierung sicherzustellen, dass die tschechische Regierung sich weiterhin zum Melker Prozess bekennt und die dort festgehaltenen Sicherheitsauflagen wie vereinbart erfüllt und mit Nachdruck auf einer vollständigen und vollinhaltlichen Umsetzung der Brüsseler Vereinbarung zu bestehen.

So weit die Entschließung aus 2002.

Im Jänner 2004 liest sich das schon anders, wenn die Mandatare in der Entschließung meinen: Die Bundesregierung wird ersucht, hinsichtlich des Melker Prozesses weiterhin für eine volle Offenlegung aller

relevanten Daten seitens der tschechischen Behörden einzutreten.

frage: warum ist 2004 keine rede mehr von vollständigen und vollinhaltlicher UMSETZUNG?

Der Informationsaustausch mag seine Vorzüge haben. Einer Lösung des Sicherheitsproblems kommt man damit aber nicht näher. Keinen Schritt. Der Endbericht zum Melker Prozess zeigt deutlich: Wesentliche Sicherheitsverbesserungen sind bis dato nicht umgesetzt worden. Temelin geht störfallgeplagt in sein 6. Jahr der Inbetriebnahme.

angriffe und kritik

... an der Untätigkeit der ÖVP gab es immer schon. Zu wenig werde getan. Mehr noch: anstatt in Prag auf die zugesicherten Nachbesserungen im Rahmen des Melker Prozesses und der Brüsseler Vereinbarung zu bestehen, wird beruhigt. Ja, mehr noch: nach dem offensichtlichen Scheitern des Melker Prozesses (immerhin war in Kapitel VI der Brüsseler Vereinbarung festgehalten worden, dass die Sicherheitsnachbesserungen noch vor Aufnahme des kommerziellen Betriebs umgesetzt sein müssen) verweist das ÖVP-Umweltministerium auf einen alternativlosen Sicherheitsdialog mit Tschechien.

hat die övp versagt?

Aus ihrer Sicht sicher nicht. Und aus der Sicht der OberösterreicherInnen? Wer ist für das Versagen in der Temelin-Frage verantwortlich? Hat der Bundeskanzler zu wenig getan? Hat der Umweltminister in den Augen der Oberösterreich überhaupt eine Lösungskompetenz in der Temelin-Frage? Mehr dazu auf Seite 7.

willensbekundung am ende

Im Grundsatzprogramm der ÖVP, beschlossen am 30. ordentlichen Parteitag am 22. April 1995 in Wien, findet sich im Kapitel 5.6 Energiepolitik KEINE Erwähnung der Atomenergie. Im Kapitel 7. Leben und Umwelt (3. Umwelt- und Naturschutz) jedoch: Das Vorsorgeprinzip verpflichtet uns, uns keinen Techniken zu verschreiben, die wir noch nicht ohne Risiko langfristiger Schäden für Natur und Umwelt beherrschen. Deshalb lehnen wir die Nutzung von Atomkraft für die Energiegewinnung ab.

temelin ist (kein) kalter kaffee!

epilog

Es war einmal ein SPÖ-Kanzler, der versprach den Freistädter Müttern gegen Atomgefahr nach einem Treffen wegen des AKW Temelin, er werde wiederkommen und dann werde man einen Kaffee gemeinsam trinken. Und Temelin sei bis dahin Geschichte.

Temelin ist noch nicht Geschichte. Kanzler ist schon länger keiner mehr von der SPÖ. Und auf den Kaffee warten die Freistädter Mütter immer noch.



willensbekundungen

Im Parteiprogramm der SPÖ (Oktober 1998) steht unter: Politische Perspektiven III.4.: Hohe Lebensqualität in einer humanen Umwelt unter (8): Wir treten für die Bevorzugung umweltfreundlicher Formen der Energiegewinnung ein und wollen jedenfalls auf Nukleartechnologie verzichten. Den Ausstieg aus der Atomkraft wollen wir auch auf internationaler Ebene vorantreiben.

Unter 15 Punkte der SPÖ für eine lebenswerte Umwelt und gesunde Lebensmittel für alle (datiert vom Oktober 2002; Quelle: www.spoe.at) findet sich unter (7): SPÖ für europaweiten Atom-Ausstieg zu Temelin: europäisches Ausstiegsangebot.

ein fiktives gespräch mit alfred gusenbauer

atomstopp: „Herr Gusenbauer: Hat die SPÖ alles gegen das AKW Temelin getan? Immerhin saß bis Juni 2006 ein Sozialdemokrat an der Spitze der tschechischen Regierung. Warum hat man diese Gelegenheit nicht genutzt, um von Parteikollege zu Parteikollege im Rahmen von informellen Gesprächen den Ausstieg aus der Atomenergie in Tschechien zu thematisieren? Druck zu machen, dass das AKW Temelin

geschlossen wird. Sie wollen doch den Ausstieg aus der Atomenergie international vorantreiben. Warum haben Sie nicht mit Tschechien einen Anfang gemacht und mit dem AKW Temelin einen Präzedenzfall ihrer Anstrengungen?“

Alfred Gusenbauer: „Schauen Sie: Die SPÖ hätte mit dem tschechischen Ministerpräsidenten schon reden können. Aber stellen Sie sich vor – diese Gespräche wären erfolgreich gewesen. Temelin wäre geschlossen worden. Wer, glauben Sie, hätte sich das auf seine Fahnen geheftet?“

atomstopp: „Also war für Sie die Zeit der ÖVP/FPÖ-Regierung einfach nicht der richtige Zeitpunkt, um international den Atomausstieg voranzutreiben, um in Tschechien die Schließung von Temelin voranzutreiben?“

Alfred Gusenbauer: „Der richtige Zeitpunkt ist dann da, wenn die SPÖ in der Regierung sitzt. Dass es nun so aussieht, als ob in der Zwischenzeit in Tschechien jemand aus dem bürgerlichen Lager mehr zu sagen hätte - dafür können wir aber wirklich nichts. Eines ist jedoch klar: es würde die Gespräche mit Tschechien nicht erleichtern.“

atomstopp: „Danke für Ihre Einschätzung.“

Alfred Gusenbauer: „Bitte gern. Im Übrigen haben wir auch aus dem angeführten Grund jeden Versuch unterlassen, gemeinsam mit dem deutschen Bundeskanzler von der SPD ein europäisches Ausstiegsangebot für Temelin zu initiieren. Das hätte die ÖVP ebenfalls weidlich für sich ausgenutzt. Wir mussten uns da ganz einfach parteitaktisch zurückhalten.“

atomstopp: „Sie haben 2002 einmal gemeint, für die blau-schwarze Regierung ist Temelin längst abgehakt. Ist Temelin für die SPÖ auch abgehakt? Sind von der SPÖ im Jahr 2006 noch Initiativen gegen Temelin zu erwarten?“

Alfred Gusenbauer: „Schauen Sie: Die derzeitige Regierung hat alles verbockt, was zu verbocken war. Was sollen wir da noch machen?“

atomstopp: „Herr Gusenbauer: Wissen Sie das wirklich nicht?“

aufforderung

Der Ball ist bei Ihnen – fragen Sie nach, wann immer Sie Gelegenheit haben und verlangen Sie, dass die Willensbekundungen der SPÖ Realität werden. Die Schuld der ÖVP zuzuschieben, ist zu billig. Es gibt eine völkerrechtlich verbindliche Vereinbarung, dass Temelin nachgerüstet werden muss – darauf kann JEDER aufbauen – sogar die SPÖ.

stellen Sie sich die frage.

Sie als Wähler: Trauen Sie der SPÖ zu, noch etwas gegen Temelin tun zu wollen, noch etwas gegen Temelin tun zu können?

Mehr dazu auf Seite 7.

bitte keine verlorenen illusionen!

epilog

Ein grüner Landesrat in Oberösterreich der unisono mit seinem Landes-Regierungspartner ÖVP gegen die ÖVP/BZÖ-Bundesregierung in Wien appelliert, endlich aktiv gegen Temelin vorzugehen. Schwierig. Zugegeben. Und ein grüner Bundessprecher, der sich verbal glaubhaft gegen Temelin ausspricht, gegen die Atomenergie: Für eine Wende – auch in der Energiefrage.

willensbekundungen

Im Grundsatzprogramm der Grünen (beschlossen beim 20. Bundeskongress der Grünen am 7. und 8. Juli 2001 in Linz) steht unter 1.2.: Energie und Klimaschutz – Die Produktion und Nutzung von Atomenergie lehnen wir auf Grund der großen Risiken, der schwer wiegenden Folgen von möglichen Unfällen, der problematischen Frage der Atommülllagerung und der hohen Folgekosten dieser Technologie ab.

wer, wenn nicht die grünen ...

... ist man versucht, zu sagen, setzt sich glaubhaft gegen Temelin ein? Die Partei ist quasi auch auf den Ruinen von Tschernobyl geboren – hat im Jahr des SuperGAUS erstmalig den Einzug in das österreichische Parlament geschafft. Zumindest in Oberösterreich und auf Bundesebene ist Temelin ein Thema. Es ist aber kein Länderthema. Nicht in Tirol. Nicht in Kärnten. Dort kämpft man - regional verständlich - gegen Krsko in Slowenien oder gegen die Schweizer Atommülllager. Also jedem sein Temelin. Auch wenn es nicht immer so heißt.

fragen sie sich: Trauen Sie den Grünen zu, noch etwas gegen Temelin tun zu wollen, noch etwas gegen Temelin tun zu können? Siehe Seite 7.

das grüne anti-temelin gretchen lassen wir fragen ...

„Nun sag, wie hast du's mit Temelin?“ und zwar den oft kolportierten und gerade in der Temelin-Frage heftigst von den Grünen selbst kritisierten möglichen neuen Koalitionspartner ÖVP. Zu wünschen wäre es, und logisch wäre es, dass auch dieses heikle Thema mit der ÖVP ausdiskutiert wird.

Denn: mit dem Ergebnis der ÖVP ist man bei den Grünen nicht zufrieden. Temelin ist für die Grünen ein Sicherheitsrisiko, für die ÖVP lediglich Anlass für einen Sicherheitsdialog.

Können sich daher die Grünen eine Koalition mit der Temelin-untätigen ÖVP vorstellen? Sicher eine spannende Frage. Eine koalitionsentscheidende Frage?

fragen sie – wo immer und wann immer sie gelegenheit haben: Die Grünen werden es Ihnen danken. Kurs halten. Dass keiner seine Illusionen verliere.



eine lupe zur vergrößerung?

epilog

Auf der Internet-Seite der Liste Hans-Peter Martin (www.weisse.at) findet sich kein Parteiprogramm im herkömmlichen Sinn, was vielleicht sympathisch und zeitgeistig sein mag, die Suche nach der Position der Partei zu Temelin und der Einstellung zur Atomenergie aber sehr erschwert. In der vorgegebenen Zeit (siehe editorial) wurde lediglich eine Presseaussendung zum EU-Atomaufruf (datiert vom 23. April 2006) gefunden – im Zusammenhang mit direkter Demokratie. Das Atomthema dürfte für Hans-Peter Martin also kein zentrales Wahlkampfthema sein.

Auf der Seite der KPÖ (www.kpoe.at) wurden diverse Dokumente gesichtet (u.a.: Wofür steht die KPÖ (Aktionsprogramm 2003), Ziele und Selbstverständnis der KPÖ (33. Parteitag vom 4./5. Dezember 2004 in Linz). Atomenergie und/oder Temelin? Fehlanzeige. Die Presseaussendungen im Zusammenhang mit Temelin sagen im wesentlichen, dass der Protest gegen die Atomenergie in Brüssel besser aufgehoben ist und sich nicht einseitig gegen Prag (wegen Temelin) richten soll. Erstaunlich in dem Zusammenhang: In „Die zentralen Anliegen der KPÖ im EU-Wahlkampf 2004“ findet sich dennoch kein Wort zur Atomenergie und zur Position der KPÖ. Wäre doch angebracht gewesen, nicht?

Im FPÖ-Programm (www.fpoe.at) findet sich im Kapitel XIII: Umwelt kein Wort zur Atomenergie. Und zu Temelin sowie nicht.

Die BZÖ-Mannschaft richtete in der Vergangenheit seinen verbalen Unmut wegen Temelin hauptsächlich gegen Tschechien. Seinen Regierungspartner ÖVP wollte das BZÖ aber nicht in die Pflicht nehmen. Eh schon wissen: Die Koalition zu gefährden, wegen eines läppischen Atomkraftwerks? Naiv, wer solches auch nur andenkelt. Nein – soweit will man nicht gehen. Alle wollen gestalten. Aber nichts tun. Nichts gegen das AKW Temelin tun. In „BZÖ: Ziele/Visionen/Ideen“ (www.bzoe.at) findet sich das Wort „Atomenergie“ einmal und zwar in einem Aufwaschen mit der Gentechnik (ein oranges Ziel und Antwort ist das atom- und gentechnikfreie Europa), hingegen gar nicht in „BZÖ: Bündnispositionen“ und auch nicht in den „Positionen für ein modernes, soziales, leistungsfähiges und sicheres Österreich“.

blau-oranger exkurs

Es war einmal eine Partei, die in der Regierung saß und sich bemüßigt fühlte, den Anschein erwecken zu wollen mittels eines Volksbegehrens seinen



Widerstand gegen das AKW Temelin zu untermauern. Selten (?) ist überflüssigeres in Österreich passiert.

Wer mit dieser Partei gemeint ist, wird wohl unklar bleiben. Manche haben die Farbe gewechselt, kurzfristig auch fast den ganzen Namen. Wer will mit dem FPÖ-Veto-Tschechien-Anti-Temelin-Volksbegehren noch etwas zu tun haben? Ist es BZÖ-Sache getreu dem Motto: Die guten ins Töpfchen? Den Eindruck hat man nicht, dass sich das BZÖ besonders zielgerichtet engagieren würde. 915.000 Menschen haben mittels Unterschrift unter dem Volksbegehren bekundet, dass mehr getan werden muss, im Kampf gegen Temelin. Stimmung wurde gemacht. Zugegeben. Und dann?

Und dann gab es hin und wieder noch ein kurzes Aufbegehren: Elke Achleitner (FP-Abgeordnete) verlangte zwar mehr Engagement (mittels Presseaussendung am 20. Juni 2003) und Gespräche über die Schließung von Temelin. Auf unsere Nachfrage, was die FPÖ machen kann, welche Vorschläge sie hätte, wie der Regierungspartner eingebunden ist: Keine Antwort. Bis heute nicht. Nicht einmal auf die simple Frage, auf welcher Ebene diese Gespräche ablaufen sollten. Zu simpel? Die Frage?

fragen Sie sich ...

sie als wähler: Trauen Sie den bei der Wahl 2006 antretenden Parteien BZÖ/FPÖ/Hans-Peter Martin/KPÖ dennoch zu, etwas gegen Temelin tun zu wollen, noch etwas gegen Temelin tun zu können? Mehr auf Seite 7.

grüne hoffnung schwarzes versagen roter absturz

Mit dem Engagement der derzeitigen Bundesregierung gegen das AKW Temelin sind 70% der OÖ Bevölkerung ab 18 Jahren weniger oder gar nicht zufrieden. Nur 4% sind sehr zufrieden.

79% der Befragten lehnen die Aussage ab, dass im Kampf gegen Temelin schon sehr viel erreicht worden ist.

78% der Befragten sind der Meinung, die neue Bundesregierung sollte sich mehr gegen das AKW Temelin engagieren.

Am **glaubhaftesten** gegen das AKW Temelin setzen sich die **Atomgegner** ein (56%), nur 5% sind der Meinung, dass die Bundesregierung unter Wolfgang Schüssel sich glaubhaft einsetzt und gar nur 1% sind der Meinung, dass Umweltminister sich am glaubhaftesten gegen das AKW Temelin einsetzt.

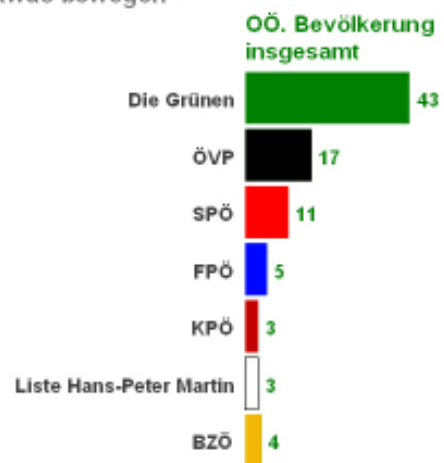
Der Aussage, dass die Politik Temelin nach 92 Störfällen mehr Aufmerksamkeit schenken soll, stimmen 95% zu! Über 70% stimmen der Aussage zu, dass Bundeskanzler Schüssel sich zu wenig für die Schließung von Temelin einsetzt, dass sich die Bundesregierung im Streit um Temelin gegen Tschechien zu wenig durchsetzen kann und in der EU zu wenig Durchsetzungskraft bezüglich Temelin hat.

*Welcher der folgenden Parteien kann Ihrer Meinung im Kampf gegen das AKW Temelin etwas bewegen?
Und welche der folgenden Parteien will gegen das AKW Temelin hauptsächlich etwas bewegen?
(Angaben in Prozent - Details zur Umfrage siehe S.8)*

Gegen Temelin kann etwas bewegen -



Gegen Temelin will etwas bewegen -

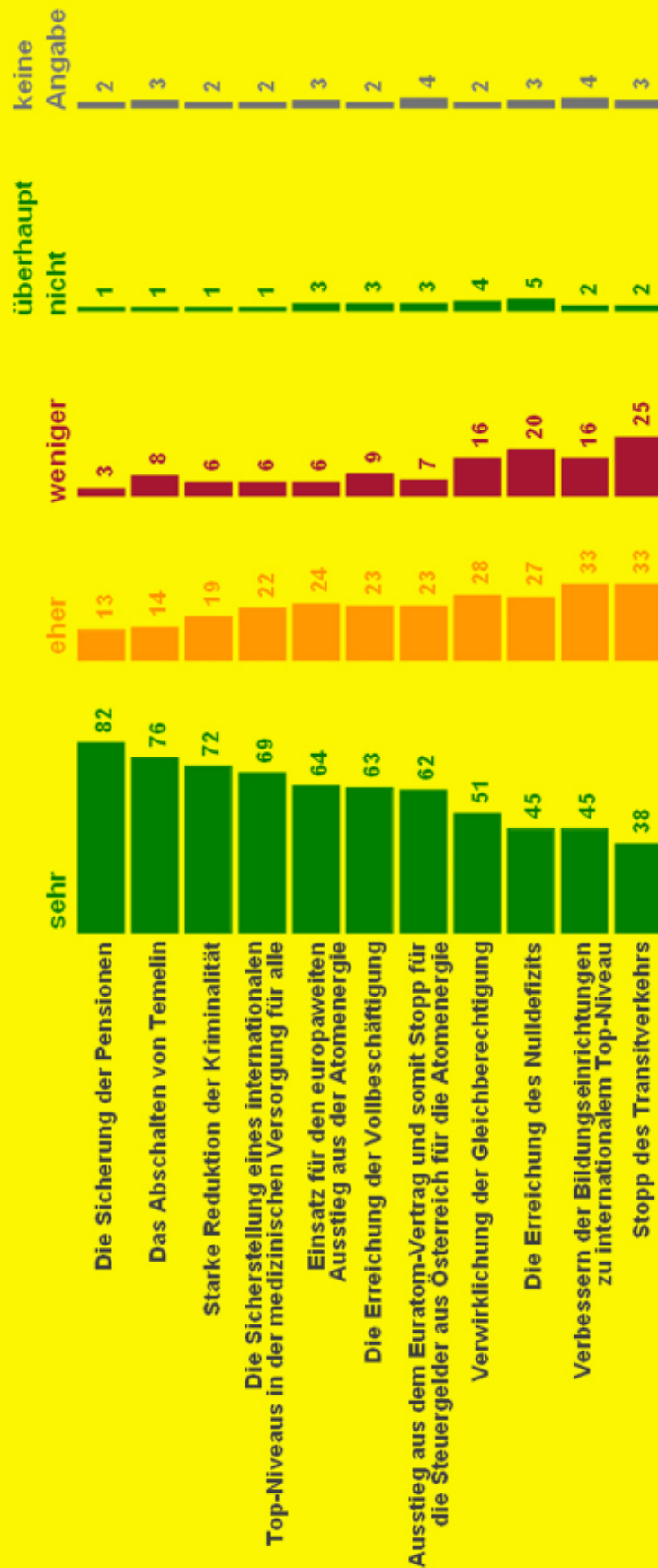


Die Hoffnung der OberösterreicherInnen im Kampf gegen Temelin sind also die Grünen. Noch weniger als der ÖVP – auch wenn man mit dem bisher Erreichten der jetzigen ÖVP/BZÖ-Bundesregierung ganz und gar nicht zufrieden ist - traut man der SPÖ zu, etwas im Kampf gegen das AKW Temelin erreichen zu wollen, erreichen zu können. Das sollte zu denken geben und als Handlungsauftrag verstanden werden.

WUNSCH AN DIE BUNDESREGIERUNG: STOPP FÜR TEMELIN

Frage an die OberösterreicherInnen: Wenn Sie an die bevorstehenden Nationalratswahlen im Herbst denken, welche Wünsche haben Sie an die nächste Bundesregierung, egal wie realistisch dies ist? Bitte sagen Sie mir zu jedem Punkt, ob Sie sich dies von der neuen Bundesregierung sehr (1), eher (2), weniger (3) oder überhaupt nicht (4) wünschen würden.

Und die OberösterreicherInnen antworten:



Dokumentation der Umfrage B57668.06/09. P2.1.

n= 401 telefonische Interviews repräsentativ für die oberösterreichische Bevölkerung ab 18 Jahren Erhebungszeitraum: 22. bis 25. August 2006; statistische Schwankungsbreite bei n=401 ± 5,00 Prozent

CHART 1

Ergebnisse in Prozent



Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: atomstopp_atomkraftfrei leben!

Für den Inhalt verantwortlich: Roland Egger

Layout und grafische Umsetzung: Armin Baumschlager

Redaktion: Landstr. 31/II/223, 4020 Linz

Tel: 0732-774275 Fax: 0732-785602

Homepage: www.atomkraftfrei-leben.at

Email: post@atomstopp.at

Spendenkonto: OÖ Landesbank BLZ 54000 KtoNr. 205377

Druck: Plöchl Druck GmbH, 4240 Freistadt

Zulassungsnummer: GZ 03Z034981M